

**Sperrfrist 2. Mai 2007  
10.00 Uhr**



**Frühjahrs-Medienkonferenz**  
Mittwoch, 2. Mai 2007

Es gilt das gesprochene Wort

## Mit der EU und mit der ganzen Welt verbunden

Dr. Rudolf Ramsauer, Vorsitzender der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Aussenwirtschaftspolitik ist und bleibt eine der Kerndomänen von economiesuisse. Die Bedingungen, unter denen Unternehmen grenzüberschreitende Waren-, Dienstleistungs- und finanzielle Transaktionen vornehmen und Investitionen tätigen können, sind für eine global orientierte Volkswirtschaft von vitaler Bedeutung. Dass die Schweiz eine besonders global ausgerichtete Wirtschaft hat, ist ein Gemeinplatz. Lassen Sie mich dieses Faktum gleichwohl anhand von zwei Zahlenverhältnissen verdeutlichen: (Folie 16: Entwicklung der schweizerischen Exporte und Direktinvestitionen)

- Der Stand schweizerischer Direktinvestitionen im Ausland ist im Verhältnis zum BIP von 26 Prozent im Jahr 1988 auf 123 Prozent im Jahr 2005 angewachsen.
- Die Anzahl von Arbeitsplätzen schweizerischer Firmen im Ausland im Verhältnis zur Beschäftigung im Inland (Beschäftigungsquote) hat von 25 Prozent im Jahr 1988 auf 50 Prozent im Jahr 2005 zugenommen (in absoluten Zahlen sind dies etwa zwei Millionen Jobs).

Die Bedeutung der sogenannten multinationalen Unternehmen für die Schweizer Wirtschaft ist in kürzlichen Studien von Accenture und der Swiss American Chamber of Commerce in Zusammenarbeit mit Boston Consulting zusätzlich unterlegt worden.

Skeptiker der Globalisierung behaupten immer wieder, die Expansion im Ausland gehe auf Kosten der Beschäftigung im Inland (Substitutionshypothese). Die empirische Evidenz spricht dagegen. Die Auslagerung nicht mehr konkurrenzfähiger Arbeitsprozesse innerhalb der gesamten Wertschöpfungskette ins Ausland hilft vielmehr, konkurrenzfähige Arbeitsprozesse im Inland zu erhalten respektive durch Neuansiedlungen in die Schweiz zu holen (Komplementaritätshypothese). Als kleine offene Volkswirtschaft gehört die Schweiz bislang zu den Gewinnern der Globalisierung. Eine kluge Aussenwirtschaftspolitik ist darum Voraussetzung, damit dies auch in Zukunft möglich ist.

Die Schweiz wird sich in oberster Priorität für die weitere Liberalisierung und die Schaffung effizienter Regeln auf multilateraler Ebene einsetzen müssen. economiesuisse unterstützt folglich auch ohne

Wenn und Aber die Doha-Verhandlungen im Rahmen der WTO. Wir sind besorgt über den schleppenden Verlauf, ja die faktische Suspendierung der WTO-Verhandlungen. Die absehbare Abkühlung der Weltkonjunktur, zunehmende Risiken auf den Finanzmärkten und gewisse protektionistische Tendenzen in den USA und anderswo werden ein ambitioniertes Ergebnis der Doha-Runde nicht erleichtern.

Realistischerweise darf deshalb die Schweiz nicht ausschliesslich auf die Karte WTO setzen. (Folie 20: Freihandelsabkommen der EFTA/Schweiz) In der Konzeption seiner Aussenwirtschaftspolitik misst der Bundesrat dem Ausbau der bilateralen Freihandelsbeziehungen zu Recht grosse Bedeutung zu. *economiesuisse* hat dies vom Bundesrat auch gefordert, wohl wissend, dass ein komplexes Netz von Freihandelsabkommen für die Unternehmen eine grössere Herausforderung ist als multilaterale Regeln. Dennoch darf die Schweiz hier nicht in Rückstand geraten, will sie einer relativen Verschlechterung des Wirtschaftsstandorts zuvorkommen. Ob solche Abkommen im Rahmen der EFTA oder – wo dies nicht möglich ist – im Alleingang vereinbart werden, ist letztlich von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist der Zeitfaktor.

Aufgrund der Bedeutung der Märkte und des Diskriminierungspotenzials haben wir folgende Prioritäten für die Schweizer Wirtschaft bestimmt: Freihandelsabkommen mit den USA, Kanada, Japan, den BRIC-Staaten (Brasilien, inkl. Mercosur, Russland, Indien, China) sowie Thailand und dem Golfkooperationsrat.

Das Freihandelsprojekt mit den USA ist im ersten Anlauf kläglich gescheitert. Inzwischen haben die Amerikaner ein Freihandelsabkommen mit Südkorea ausgehandelt. Dies zeigt, dass es durchaus möglich ist, mit den USA auch im Agrarbereich sinnvolle Lösungen zu finden. Der Moment ist deshalb gekommen, da die Schweiz einen zweiten Anlauf unternehmen muss. Der Bundesrat sollte Washington ein klares Zeichen geben, dass er bereit ist, das Gespräch über Freihandelsverhandlungen ernsthaft aufzunehmen. Der Abschluss des EFTA-Abkommens mit Kanada ist überfällig. Sehr ermutigend ist die Aufgleisung von Verhandlungen mit Japan. Und die positiven Äusserungen des indischen Handelsministers bei seinem kürzlichen Besuch in der Schweiz haben die Perspektive einer Öffnung dieses zukunftssträchtigen, sehr dynamischen Wachstumsmarktes Indien eröffnet. Unsere Behörden und Unterhändler können auf die volle Unterstützung von *economiesuisse* zählen.

Der Blick auf die Exportstatistik zeigt, was auf dem Spiel steht. Selbstverständlich bleibt die EU mit gut 60 Prozent Exportanteil unser wichtigster Handelspartner. Das Wachstum unserer Ausfuhren in aussereuropäische Märkte wie China, Indien, Korea, Brasilien, aber auch USA und die GUS-Staaten liegt jedoch deutlich über demjenigen in die EU.

Da die EU aber der wichtigste Wirtschaftspartner der Schweiz ist, bleibt die Europapolitik im Zentrum der aussenwirtschaftlichen Bestrebungen von *economiesuisse*. Mit den zäh ausgehandelten und vom Volk demokratisch legitimierten bilateralen Verträgen konnten die wichtigsten Anliegen der Wirtschaft erfüllt werden. So wäre der Mangel an Fachkräften in der Schweiz ohne die Personenfreizügigkeit wesentlich gravierender, und auch unser Wirtschaftswachstum wird von der Personenfreizügigkeit beeinflusst. Wir können heute mit Befriedigung feststellen, dass sich der bilaterale Weg bewährt hat. Im Vordergrund stehen nun – wo noch nötig – die Ratifizierung und die Umsetzung der bestehenden Abkommen. Ein EU-Beitritt ist für die Wirtschaft nicht von Interesse. Mit einem Beitritt verbundene Effizienzgewinne würden durch die zahlreichen Nachteile (Geld- und Währungspolitik, Finanz- und Fiskalpolitik, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik) mehr als aufgewogen. Wir verkennen dabei keineswegs, dass der bilaterale Weg nicht einfach ist und störungsanfällig sein kann. Eine 27 Mitglieder zählende EU wird die Sache auch nicht einfacher machen. Aber die pragmatische bilaterale Zusammenarbeit ist zurzeit der einzig mögliche Weg. Auch als Mitglied der EU kämen wir um beinharte Verhandlungen nicht herum.

Lassen Sie mich noch etwas zur aufgeflamnten Steuerrdiskussion mit der EU sagen: Wir gehen mit dem Bundesrat einig, dass das Freihandelsabkommen Schweiz – EWG von 1972 keine rechtliche Grundlage bildet, um Forderungen im Steuerbereich zu begründen. Es gibt deshalb nichts zu verhandeln, wohl aber besteht Erklärungsbedarf. Dass die Schweiz die fiskalischen Rahmenbedingungen für die Unternehmen angesichts des internationalen Steuerwettbewerbs laufend überprüft und optimiert, ist selbstverständlich, dies aber autonom und in eigener Souveränität.

„Mit der EU und mit der ganzen Welt verbunden“: Das ist eine starke Vision für unseren global ausgerichteten Wirtschaftsstandort. Die Schweiz, fest verankert in der WTO, mit weitestgehend offenem Marktzugang in Europa und Freihandel mit wichtigen überseeischen Partnern (dazu gehören die USA und Japan): das wäre eine faszinierende Perspektive.